

Posener Zeitung.

Einundneunzigster

Jahrgang.

Donnerstag, 10. Januar.

Nr. 23.

1884.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4/5 Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Haube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank“.

Annoucen-Annahme-Bureau.
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17.) bei C. A. Ulrich & Co. Breitestraße 20, in Grätz bei J. Streisand, in Reseritz bei H. Mathias, in Breschen bei J. Jadesohn.

Am tliches.

Berlin, 9. Jan. Der König hat den Geheimen Justiz-Rath und vortragenden Rath im Justiz-Ministerium, Dr. Eccius, zum Geheimen Ober-Justiz-Rath, sowie den bisherigen Gerichts-Assessor a. D. Dr. jur. Paul Martin Heinrich Böder, den bisherigen Gerichts-Assessor a. D. Alfred Schäffer, den bisherigen Großherzoglich heissischen Gerichts-Assistenten a. D. Heinrich Koch und den bisherigen Gerichts-Assessor a. D. Julius Wilhelm Alexander Poljanowski zu Garnison-Auditeuren ernannt.

Der ordentliche Lehrer Zanger vom Schullehrer-Seminar zu Pomberg ist in gleicher Eigenschaft an das Schullehrer-Seminar zu Ustingen versetzt worden.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

21. Sitzung.

Berlin, 9. Jan. Am Ministertische v. Scholz, Maybach, Lucius.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr. Das Haus tritt in die zweite Berathung des Gesetzes über den weiteren Erwerb von Privateisenbahnen für den Staat ein.

§ 1 ermächtigt die Regierung zur Verwaltung und zum Betriebe 1. der Oberschlesischen, 2. der Breslau-Schweidnitz-Freiburger, 3. der Rechte-Oberufer-, 4. der Altona-Kieler Eisenbahn, sowie zur künftigen Uebernahme 5. der Posen-Kreuzburger Eisenbahn und 6. des im Schaumburg-Lippe'schen gelegenen Theiles der Hannover-Mindener Bahn, nach Maßgabe der bezüglichen Vertragsbestimmungen.

Es wird zunächst der mit der Oberschlesischen Eisenbahn abgeschlossene Vertrag zur Debatte gestellt.

Abg. Dr. v. Seydebrand wünscht Aufhebung der Ausnahmetarife und billigere Kohlentarife auf der Rechte-Oberufer- und auf der Oberschlesischen Eisenbahn.

Abg. Büchtemann hält es für unbillig, daß den Beamten und Diätaren der Privatbahnen, welche von den Staatsbahnen übernommen worden, fünf Jahre ihres Dienstalters nicht angerechnet werden sollen. Es sei dies eine allzu große Schätzung der Privatbahnbeamten. Ebenso wenig stimmt Redner der Anordnung zu, daß die vor dem zwanzigsten Lebensjahre geleisteten Dienste nicht in Anrechnung gebracht werden sollen. Es entspreche dies keineswegs den Grundsätzen, welche bei Beginn der Verstaatlichungen von der Regierung ausgesprochen worden sind. Er empfehle, daß höchstens die vor dem 17. Jahre geleisteten Dienste nicht angerechnet würden.

Ministerial-Direktor Bresfeld macht dagegen geltend, daß für die Privatbahnbeamten der für den Staatsdienst vorgeschriebene Vorbereitungsdiens nicht wegfielen. Es dürfe auf die Privatbahnbeamten nicht mehr Rücksicht genommen werden, als auf die Staatsbeamten. Selbstverständlich sei die Regierung jederzeit bereit, so weit als möglich den Interessen der übernommenen Privatbeamten entgegenzukommen.

Abg. Dr. v. Seydebrand wünscht zu erfahren, ob die übernommenen Beamten den Wohnungsgeldzuschuß nach dem vollen Betrage wie bisher erhalten würden — eine Frage, die in Bezug auf Pension und Anciennität von großer Wichtigkeit sei.

Ministerial-Direktor Bresfeld giebt die Versicherung, daß bei Regelung dieser Frage jedem Beamten mindestens das zu Theil werden solle, was er bisher bei den Privatbahnen erhalten. Es seien sogar bereits 6 Millionen mehr für die übernommenen Privatbeamten ausgesetzt, als diese bisher erhalten haben.

Abg. Dr. Hammacher hält die Absichten der Regierung in dieser Angelegenheit allen Anforderungen der Billigkeit entsprechend.

Abg. Büchtemann spricht den Wunsch aus, daß den übernommenen Privatbahnbeamten nur 3/4 Jahr ihrer Dienstzeit nicht in Anrechnung gebracht werden sollten.

Minister Maybach giebt zu, daß die Bedenken des Abg. Büchtemann Erwägung verdienen, sowie ob eine Ermäßigung der fünfjährigen Frist eintreten könne. Jedenfalls würden, falls ein Beamter von Privatbahnen übernommen wird, da die Bedingungen für einen Supernumerar erfüllt, Ausnahmen eintreten können. Ein Nachtheil solle, wie der Minister früher bereits einmal ausgesprochen, den übernommenen Privatbahnbeamten keineswegs erwachsen. Er gebe die Versicherung, daß auch in Zukunft für die Interessen der Beamten volle Sorge getragen werden würde. Auf die Anfrage des Abg. Dr. v. Seydebrand bemerkt der Minister, daß die Regierung eine Herabsetzung der Tarife für nächste Zeit beabsichtige. Die Regierung werde nach Kräften bemüht sein, die in dieser Beziehung laut gewordenen Wünsche zu erfüllen. (Bravo.)

Der Vertrag mit der Oberschlesischen Eisenbahn wird darauf genehmigt.

Bei der Diskussion über den Vertrag mit der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn bemerkt Minister Maybach auf eine Anfrage des Abg. Schmidt (Stettin), daß zu einer Vereinigung der Bahnhöfe in Stettin die Vorarbeiten bereits im Gange seien.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten v. Uechtritz erwidert der Minister, daß nach der Verstaatlichung der Eisenbahnen der Personenverkehr eine bessere Regelung erhalten solle. Die Bestimmung, daß Retourbillets nicht übertragbar seien sollen, sei ein Beschluß der Deutschen Eisenbahn-Gesellschaft.

Der Vertrag mit der Breslau-Schweidnitz-Freiburger, sowie mit der Rechte-Oberufer-Eisenbahn werden genehmigt.

Ohne Diskussion tritt das Haus den Verträgen mit der Posen-Kreuzburger Eisenbahn, der Altona-Kieler Eisenbahn und dem im Fürstenthum Schaumburg-Lippe gelegenen Theile der Hannover-Mindener Eisenbahn bei, womit § 1 des Gesetzes Entwurfes angenommen ist.

§ 2 ermächtigt die Regierung nach Maßgabe dieser Verträge Staatsschuldverschreibungen der 4 procentigen konsolidirten Anleihe zu dem Gesamtbetrage von 427,490,500 M. auszugeben, § 3 8,944,500 M. aus dem Reserve- und Selbstversicherungs-fonds bezw. aus dem Erneuerungsfonds jener Eisenbahngesellschaften, sobald diese Fonds dem Staate zugeteilt, zu entnehmen. Beide Paragraphen werden ohne Diskussion genehmigt.

Bei § 4 fragt Abg. Büchtemann an, ob über die für den

Ausbau von Privatbahnen bewilligten Summen oder Kredite, welche nach Prüfung der Regierung nicht gebraucht würden, ohne Genehmigung des Landtages von der Regierung verfügt werden könne.

Ministerial-Direktor Bresfeld erklärt, daß hierzu die Genehmigung des Landtages eingeholt werden müßte.

Es wird hierauf § 4 in der Fassung der Kommission angenommen, wonach die Regierung ermächtigt wird, an Stelle der noch nicht begebenen Prioritätsobligationen der ersten drei und der fünften Eisenbahn-Unternehmungen, soweit sich die weitere Begebung als unthunlich oder nach dem Ermessen des Finanzministers als nachtheilig erweisen sollte, nach Maßgabe des Bedürfnisses für die in den Anleiheprivilegien bezeichneten Verwendungszwecke, Staatsschulverschreibungen zu dem Betrage von 42,232,900 M. auszugeben.

§ 5 der Regierungsvorlage ermächtigt den Finanzminister, die bisher begebenen Anleihen jener Eisenbahnen zum Betrage von 359,820,300 M. zu kündigen, während die Kommission für die bisher begebenen und noch zu begebenden Anleihen dieser Eisenbahnen die Ermächtigung erteilen will.

Hierzu liegt ein Antrag des Abg. v. Strombeck (Zentrum) vor, den zweiten Absatz des Paragraphen dahin zu fassen:

Die Kündigung der bisher begebenen und noch zu begebenden Prioritätsanleihen dieser Gesellschaft erfolgt, soweit diese Prioritäts-Anleihen nicht inzwischen im Wege der in den Emissions-Privilegien vorgeschriebenen allmähigen Amortisation getilgt werden, unter Einhaltung der in den Emissions-Privilegien festgestellten Kündigungs-Bedingungen durch Gesetz.

Berichterstatter Abg. v. Neumann tritt für den Kommissions-Antrag ein, da der Antrag v. Strombeck nur dazu führen würde, daß die Börse sich der Prioritäten bemächtigen würde.

Abg. v. Strombeck führt zur Begründung seines Antrages aus, daß in den Rechtsverhältnissen der Prioritäten-Besitzer durch seinen Antrag nichts geändert würde, daß es sich jedoch dabei darum handle, ob der Finanzminister allein über die Kündigungs-Bedingungen zu befinden haben sollte oder ob dies unter Mitwirkung des Landtages zu geschehen habe.

Abg. Dr. Hammacher sieht in diesem Antrage ein Mißtrauens-votum gegen die Regierung. Wer diesem Antrage zustimme, könne mit gutem Gewissen der Verstaatlichung der Eisenbahnen überhaupt nicht zustimmen. Nehme man diesen Antrag an, so sei die Regierung in einem Punkte gebunden, während sie in dem anderen freie Hand habe. Dieser Antrag löbte die Regierung in der Durchführung der Verstaatlichung des Staatsbahnangehens.

Finanzminister v. Scholz bittet um Ablehnung des Antrages. Die Regierung sei sonst den unverantwortlichen Bahnen gegenüber zu einer anderen Praxis gezwungen, als bei den bereits früher verstaatlichten. Das Verlangen gleichlicher Kündigung bringe die Inhaber der Prioritätsobligationen in eine durchaus andere Lage, als sie sich bisher befunden.

Abg. Rintelen ist der Meinung, wenn bei einem früheren Gesetze ein Fehler gemacht sei, so brauche dies darum beim vorliegenden Gesetze nicht wiederholt zu werden. Der Antrag von Strombeck liege im Interesse der Obligationenbesitzer. Er bitte, diesen Paragraphen mit dem Antrage der Kommission zur nochmaligen Berathung zu überweisen.

Finanzminister v. Scholz: Das Recht, das dieser Paragraph der Regierung gewähre, betrachte er nicht als ein absolutes. Es würde stets nach Würdigung des gesammten Staatsinteresses hierin verfahren werden, keineswegs nach fiskalischen Rücksichten.

Abg. v. Wedell-Malchow: Es sehe fast so aus, als ob der Antragsteller das Interesse der Prioritätenbesitzer mehr vertrete, als die des Staates. Die Obligationen zur rechten Zeit stets kündigen zu können, liege im Interesse des Staates. Auch würde jedes Mal im Landtage, wenn über die Kündigung berathen würde, leicht ein Interessenkampf eintreten können, welchen man doch gerade vermeiden wolle.

Abg. Büchtemann: Auf welcher Seite des Hauses das materielle Interesse mehr vertreten werde, das zu entscheiden, könne man Anderen überlassen. Man gebe diese Vollmachten einem Ministerium der Zukunft, das man noch nicht kenne. Ob einst dieselben Anschauungen über das Landesinteresse herrschen werden, wie jetzt, sei doch zweifelhaft. Dr. Hammacher schieße mit seinen Ausführungen über das Ziel hinaus; die Verstaatlichung der Bahnen werde von diesem Antrage gar nicht berührt. Daß die Verhältnisse einmal so liegen könnten, daß die Landesvertretung zu dieser Angelegenheit werde Stellung nehmen wollen, sei doch nicht zu bezweifeln. Der vorliegende Antrag Strombeck könne, das sei wohl möglich, nicht die genügende praktische Tragweite haben; doch dürfe die Landesvertretung nicht ihr gutes Recht aufgeben, in dieser Angelegenheit mitzureden zu dürfen.

Abg. Dr. Windthorst hält diese Frage für eine sehr ernsthafte. Die Verstaatlichung der Bahnen bringe dem preussischen Staate eine ganz enorme Schuldenlast; die Regierung bekomme durch die Freiheit in der Schuldenentilgung eine kolossale Macht. Es werde die Zeit wohl einmal kommen, in der man die gemachten Fehler einsehen würde. Er wünsche, daß Gott uns den Frieden erhalte, bis dieser Fehler wieder gut gemacht sei; im Fall eines Krieges werde er uns eine schwere Last sein. (Widerspruch rechts.) Haben Sie vielleicht die Tache so voll, um es zu bedenken, wenn es zum Afford kommt? Der Staat solle nie vergessen, daß er seine Kraft aus den Steuerzahlern ziehe; wenn er diese zurückbringe, werde mit deren Steuerkraft auch die seine geschädigt. Was finanziell sehr schön aussehe, könne volkswirtschaftlich sehr schlecht sein. Redner hegt kein Mißtrauen zu der Finanzverwaltung, wünscht vielmehr, daß alle Ministerien — alle, besonders das des Kultus — so gut verwaltet wären, daß aber das Finanzministerium lediglich das Interesse der Finanzen im Auge habe, sei doch natürlich, deshalb heiße es Finanzministerium, nicht Ministerium für Volkswirtschaft. Man müsse immer vor Augen behalten, welchen Einfluß diese Frage, die man zu seinem Erstaunen so leicht nehme, auf das Kapital ausübe. Es wäre überhaupt sehr wünschenswert, wenn die Kapitalien mehr in Staatspapieren angelegt würden. Dadurch würden die Interessen des Einzelnen enger mit dem des Staates verbunden. Diejenigen, die ihr Kapital beim Staate untergebracht, dürfe man nicht schädigen; das sei unpolitisch. Auch in Deutschland müsse man endlich dahin kommen, daß auch die kleinen Kapitalien bei dem Staate angelegt würden; wäre dies früher geschehen, so hätte man nicht das Unglück nach der Gründerzeit gehabt.

Finanzminister v. Scholz erklärt, er sei ebenso gebunden, wie jeder Beamte und könne nie allein nach eigenem Ermessen beschließen.

Wenn der Vorredner bei ihm das finanzielle Interesse als vorwaltend voraussetze, wolle er sich nicht darüber beklagen. Er sei aber in erster Linie Staatsminister, dann erst Finanzminister. Deshalb halte er es keineswegs für günstig für den Staat, einen möglichst geringen Zinsfuß zu besitzen. — Sobald es sich jemals darum handle, den Zinsfuß zu ändern, stehe dem Hause ja stets die Entscheidung zu.

Berichterstatter Abg. v. Neumann ist der Ansicht, der Antrag v. Strombeck werde in der Kommission abgelehnt werden, eine Zurückweisung des Paragraphen an die Kommission bedeute daher nur eine Zeitversümmiß.

Abg. Rintelen zieht hierauf seinen Antrag zurück. Der Antrag v. Strombeck wird gegen die Stimmen des Zentrums, Fortschritts und der Sezessionsisten abgelehnt und der Paragraph in der Kommissionsfassung angenommen.

Die §§ 6—9 passiren ohne Diskussion.

Bei § 10 fragt Abg. Büchtemann, wann die Kommunalbesteuerung der Eisenbahnen ihre Regelung finden werde.

Minister Maybach stellt diese Regelung für die allernächste Zeit in Aussicht.

Die §§ 10—12 werden anstandslos genehmigt. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. Tagesordnung: Landgüterordnung für Schlesien und Jagdordnung. Schluß 2 1/2 Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

□ Berlin, 9. Jan. Die eingeleiteten Verhandlungen der deutschen Regierung, welche noch im letzten Augenblicke den Präsidenten der Vereinigten Staaten verhinderten, den in der amerikanischen Presse bereits angekündigten Passus in die Eröffnungsbotschaft des Kongresses aufzunehmen, welcher von den Kampfzöllen gegen diejenigen Staaten handelt, die die Einfuhr amerikanischen Schweinefleisches in ihre Länder verbieten, sind offenbar resultatlos verlaufen. Die angekündigte Vorlage ist laut telegraphischer Meldung dem Kongresse zugegangen und an ihrer Annahme ist nicht zu zweifeln. Die Spitze derselben lehrt sich gegen Deutschland und Frankreich, welches letztere die bereits beschlossene Aufhebung des Einfuhrverbots für amerikanisches Schweinefleisch wieder stiftet hat. Die Form der amerikanischen Vorlage ist derjenigen ähnlich, welche der Kampfzollparagrah in unserem Zolltarif hat. Er legt dem Präsidenten der Republik die Befugniß bei, zu Retorsionsmaßregeln gegen die betreffenden Staaten zu greifen, ohne ihm ein solches Einschreiten zur Pflicht zu machen. Man würde aber die Energie der amerikanischen Regierung, namentlich in handelspolitischen Fragen, arg verkennen, wollte man annehmen, der Präsident wolle sich diese Vollmacht nur erteilen lassen als Schreckmittel für die europäischen Staatsmänner, von welchem er keinen faktischen Gebrauch zu machen gedenke. Aber selbst wenn eine so schwächliche und diplomatische Nebenabsicht bei der jetzigen Vorlage in den leitenden Kreisen der Union vorhanden sein sollte, der Einfluß des amerikanischen Volkes auf seine Staatsmänner ist groß genug, um aus der stumpfen Waffe eine schneidige zu machen. Die Stimmen der amerikanischen Presse beweisen aber, daß dieser Einfluß geltend gemacht werden wird. Unsere Exportindustrie würde dadurch schweren Schaden erleiden, während unsere Agrarier den Nutzen von dem zum Nachtheil der ärmeren Klassen erlassenen Einfuhrverbote einheimischen, da die sanitäre Begründung desselben sich nicht aufrecht erhalten läßt. Ob die amerikanische Vorlage die Einleitung neuer diplomatischer Verhandlungen von deutscher Seite zur Folge haben wird, wissen wir nicht; wir bezweifeln aber, ob es ohne Verzicht auf das Einfuhrverbot gelingen wird, den drohenden Schlag von unserer Exportindustrie abzuwenden.

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“ ist veranlaßt worden, ausführlich zu konstatiren, daß die Grundgedanken der Unfallversicherungsvorlage wie der ganzen Sozialreform vom Reichskanzler ausgehen, während nur die Detailausführungen von den im Reichsamt des Innern hierzu berufenen Referenten ausgearbeitet werden mußten.

— Denjenigen Ländern des Weltpostvereins, nach welchen Postkarten mit Antwort abgefaßt werden können, ist neuerdings auch Haiti hinzuge treten. Das Porto für derartige Postkarten beträgt 20 Pf.

Aus Petersburg, 5. Januar schreibt man der „Pol. Corr.“: Die in Betreff der Mörder Sudeikin's angestellten Nachforschungen scheinen bis zum Augenblicke resultatlos zu sein. Trotzdem hält man in polizeilichen Kreisen an der Hoffnung fest, daß es den Uebelthätern noch nicht gelungen sein dürfte, die Grenze zu überschreiten. Der todtgesagte Begleiter Sudeikin's, dessen Neffe Sudowski, ist nicht gestorben. Dies Gerücht war offensichtlich von der Polizei verbreitet worden, um bei den Mördern ein größeres Gefühl der Sicherheit zu wecken und sie eventuell zu veranlassen eine etwa projekirte Flucht ins Ausland aufzuschieben. Sudowski, der sich noch immer im Marienkrankenhanse befindet, hat zwar sehr ernste Verwundungen davongetragen, sein Zustand scheint jedoch keine ernsten Besorgnisse mehr einzufößen und man glaubt, daß er binnen Kurzem in der Lage sein wird, Auskünfte von Wichtigkeit zu erteilen. Der Polizei-Agent Degajew, welcher Sudeikin in die von

den Terroristen aufgestellte Falle Lode, ist ehemaliger Offizier der Kronstädter Artillerie. Sudeikin betrachtete ihn als seinen persönlichen Freund, ja sie dugten sich sogar. Als Nachfolger Sudeikin's auf dem gefährlichen Posten des Chefs der politischen Detektiv-Polizei wird jetzt mit Bestimmtheit Alexei Kurafchow genannt, ein naher Verwandter Puffanow's, welcher bekanntlich mit den zur Sicherung des Lebens des Grafen Tolstoi erforderlichen Maßregeln betraut ist. Nach der Ermordung Sudeikin's ist die Zahl der dem Befehle Puffanow's unterstellten Geheimagenten verdoppelt worden und beträgt jetzt gegen dreißig Mann. Es bekümmert sich, daß das terroristische Exekutiv-Komitee den Prokurator der Petersburger Subebnaja palata, Murawiew, seinen Gehilfen Dobrinski, den Chef der Gendarmerie, General Orschewski und den Minister des Innern, Grafen Tolstoi zum Tode verurtheilt hat.

P. C. Sofia, 6. Jan. Die Thronrede, mit welcher Fürst Alexander I. die bulgarische Nationalversammlung geschlossen, lautet wie folgt:

Meine Herren Deputirten! Im Augenblicke der Trennung glaube ich Ihnen vor Allem Meinen Dank für den patriotischen Eifer ausdrücken zu sollen, mit dem Sie Ihre Mission begonnen und beendigt haben. Während der ganzen Sessionsdauer haben Sie Ihre Pflicht gegen das Vaterland und den Thron mit Selbsterleugnung erfüllt. In Gemäßheit der Wünsche, die Sie in so feierlicher Weise ausgebrückt haben, und der von Ihnen in den ersten Tagen der Session einstimmig gefaßten Beschlüsse, habe ich, der ich bei allen Meinen Plänen und Handlungen niemals etwas Anderes als das Glück des Vaterlandes vor Augen habe, auf die Nachvollkommenheit verzichtet, die Mir die große Landesversammlung von Sifnowo erteilt hatte und der Wiederherstellung der Verfassung von Tirnowo in feierlicher Weise zugestimmt. Letztere wird in ihrer ganzen Ausdehnung bis zu dem Zeitpunkt in Kraft bleiben, wo die große Sobranje über die Aenderungen, welche von Ihnen beschlossen worden sind, entschieden haben wird. Was den Zeitpunkt der Enderufung der großen Sobranje anlangt, so werde ich mich diesbezüglich durch Ihren Beschluß und durch die Interessen des Landes leiten lassen!

Ihr Verhalten in allen Fragen ist ein musterhaftes gewesen und ich konstatire mit Vergnügen, daß Sie während Ihres Beisammenseins die verschiedenen Gesetze und andere Vorlagen, die Ihnen Meine Regierung in der kurzen Zeit, die ihr zur Verfügung stand, unterbreitete, reichlich und unbefangenen geprüft haben. Mit gleicher Sorgfalt und Unbefangenen haben Sie das Budget für das nächste Jahr geprüft und votirt.

Die unmittelbar erwartete Ankunft des künftigen Kriegsministers wird, wie ich hoffe, eine endgiltige Lösung der Militärfrage herbeiführen.

Inmitten dieser unermüdblichen und patriotischen Arbeiten, welche die friedliche Entwicklung des Landes in jeder Beziehung sichern, bin ich glücklich, konstatiren zu können, daß Ihre Bemühungen auch außerhalb der Grenzen des Fürstenthums in der wohlwollendsten Weise gewürdigt werden und daß Meine Regierung zu allen Mächten in sehr guten Beziehungen steht. (Lebhafter Beifall und Hurrarufe seitens der Deputirten.)

Meine Herren Deputirten! Durch die Dienste, die Sie dem Vaterlande erwiesen, haben Sie einen Anspruch auf dessen Dankbarkeit erworben. Mit dem Schlusse der gegenwärtigen Session und nach der Wiederherstellung der Verfassung von Tirnowo ist die Aufgabe der dritten ordentlichen National-Versammlung heute endgiltig beendet. Meine Herren Deputirten! Es liegt Mir am Herzen, Ihnen bei dieser Gelegenheit nochmals für die Unterstützung zu danken, die Sie Mir geleistet haben und die Sie, wie ich hoffe, auch in Zukunft Mir zu leisten nicht aufhören werden. Möge jeder Einzelne von Ihnen die Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung, der Wohlfahrt und des Fortschrittes unseres geliebten Vaterlandes, dessen Gedeihen und Größe Meine unausgesetzte Sorge und Meinen einzigen Lebenszweck bilden, im Auge behalten. Es gereicht Mir zum besonderen Vergnügen, Ihnen anlässlich Ihrer Rückkehr in Ihre Heimath Meine aufrichtigsten Glückwünsche anlässlich des bevorstehenden Jahreswechsels darzubringen. Sofia, 25. Dezember (a. St.) 1883. Alexander.

I. Stadtverordneten-Sitzung

am 9. Januar.

Anwesend sind 27 Stadtverordnete, und zwar die Herren Brodny, Dr. Buski, Fontane, Dr. Friedländer, Herz, Jaffe, v. Rajdzewski, Jädel, Kantorowicz, Kirfien, Klemme, Rönik, Kronthal, Dr. Landsberger, Dr. Lebinski, Manheimer, Mich, Müller, Pausnik, Dr. Rehsfeld, Rosenfeld, Schweiger, Dr. Symanski, Tschuschke, Türk, Victor, Ziegler. Von Magistratsmitgliedern sind zugegen: Bürgermeister Dorse, Stadträte Andersch, v. Schlobowski, Stadtbaurath Grüber, Dr. Lappe. — Bevor in die Tagesordnung eingetreten wird, macht der Vorsitzende, Stadtv. B. Jaffe, einige geschäftliche Mittheilungen. Von den Fachkommissionen haben sich bereits konstituiert: die Wahlkommission (Vorsitzender Stadtv. Türk, stellvertretender Vorsitzender Stadtv. Ziegler), die Schulkommission (Vorsitzender Stadtv. Türk, stellvertretender Vorsitzender Stadtv. Fontane), die Finanzkommission (Vorsitzender Stadtv. Gapski, stellvertretender Vorsitzender Stadtv. Mügel). Der Polizeipräsident, Freiherr v. Colmar hat ein Schreiben an den Magistrat gerichtet, in welchem er seinen Dank für die freundliche Gesinnung ausdrückt, welche sich darin ausgesprochen habe, daß die städtischen Körperchaften gemäß seinem Antrage die zur Einstellung von zwanzig Rudmännern für die städtische Feuerwehr erforderlichen Mittel gewährt haben, und in welchem er erklärt, er erachte sich in dem gemeinsamen Bestreben, das Wohl der Stadt Posen nach jeder Richtung und in jedem gesetzlich zulässigen Umfange zu wahren und zu fördern, für solidarisirt mit den Stadtbehörden.

Der Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten pro 1882/83 ist den Mitgliedern der Versammlung zugegangen und wird demnach von einer Verlesung desselben Abstand genommen.

Ueber die Kreirung von vier neuen Lehrerklassen an der V. Stadtschule vom 1. April d. J. ab berichtet Stadtv. Dr. Symanski. Nach dem Magistratsantrage sind auf die V. Stadtschule noch zwei zweite Klassen (Knaben- und Mädchenklasse) aufzubauen, außerdem noch zwei Parallellassen für die 5. und 6. Knabenklasse zu errichten und demgemäß vier neue Lehrerstellen zu kreiren und zwar mit einem Gehalte von 1050 Mark und einem Wohnungsgeldzuschusse von 150 Mark. Die Schulkommission hat diesen Antrag befürwortet. Die Kommission erachtet außerdem aber auch mit Rücksicht darauf, daß die Klassen der Mittelschule überfüllt sind, eine Erweiterung der Räumlichkeiten dieser Anstalt für wünschenswerth und beantragt, die Verammlung möge den Wunsch ausdrücken, daß der Magistrat sich über die Erweiterung der Mittelschule ausspreche und der Versammlung Vorschläge darüber mache. Der obige Magistratsantrag, sowie der Antrag der Kommission werden von der Versammlung angenommen.

Zum Mitgliede der Kommission für Abschätzung von Landlieferungen wird an Stelle des verstorbenen Stadtv. Gerlach auf Antrag der Wahlkommission, in deren Namen Stadtv. Victor berichtet, Kaufmann Jos. Freudenreich gewählt; ebenso an Stelle des verstorbenen Stadtv. Gerlach zum Mitgliede der Pflanzungs-Kommission Brauereibesitzer Jonas Weiß, zum Stellvertreter Kaufm. Elkan Aichheim; zu Mitgliedern der Direktion der Gas- und Wasserwerke werden die ausgeschiedenen Mitglieder Dr. Wituski und die Stadtverordneten Kronthal und Brodny wieder-

gewählt. Zum Schiedsmann für den V. Bezirk wird Kaufmann A. Brecht wiedergewählt, zum Stellvertreter Kaufmann Aug. Neperlein neugewählt.

Zur Aufführung einer Futtermauer auf dem Turnplatz am Grünen Plage werden, nachdem Stadtv. Pausnik hierüber berichtet hat, die erforderlichen Mittel in Höhe von 450 Mark bewilligt. Die Mauer ist nach dem Magistratsantrage erforderlich, weil der Turnplatz 70 Centim. höher, als das angrenzende Grundstück liegt und ohne diese Mauer das Erdreich vom Turnplatz dorthin stets abrückt; außer dieser aufzuführenden Mauer unterhält der Besitzer des Nachbar-Grundstückes dort einen hölzernen Grenzsaun.

Die Mehrausgaben bei der Krankenhaus-Verwaltung pro 1881/82 sind, nachdem diese Angelegenheit bereits in einer früheren Sitzung der Versammlung vorgelegen hatte, vom Magistrat nachträglich motivirt worden; die Angelegenheit wird, nachdem Stadtv. Manheimer hierüber berichtet hat, für erledigt erachtet und die nachträgliche Bewilligung gewährt.

Mit der definitiven Anstellung der Lehrerin Fr. Fromm erklärt sich die Versammlung einverstanden, ebenso damit, daß derselben die bisherigen Stellvertretungskosten gezahlt werden. Dr. Symanski, welcher über die Angelegenheit berichtet, spricht gleichzeitig den Wunsch aus, daß, nachdem die Verhältnißzahl der katholischen zu den evangelischen Lehrern sich zu Gunsten der ersteren neuerdings gebessert habe, ein Gleiches auch in Betr. der Lehrerinnen geschehe.

Für den Mittelschullehrer G. wird eine Umzugskosten-Entscheidung in Höhe von 100 M. gewährt, nachdem Stadtv. Rönik über diese Angelegenheit berichtet hat.

Von dem Stadtverordneten Rosenfeld und Genossen ist ein Antrag, betr. die Wahlen der Mitglieder der Einschätzungskommission für die klassifizierte Einkommensteuer, eingegangen. Stadtv. Rosenfeld berichtet hierüber Folgendes: Von verschiedenen Mitgliedern der Versammlung liegt ein Antrag vor, welcher eine Aenderung des bisherigen Modus bei Wahlen, namentlich bei der so wichtigen Wahl der Mitglieder der Einschätzungskommission für die klassifizierte Einkommensteuer bezwecken solle, da die bisherige Praxis der Wichtigkeit der Angelegenheit nicht entspreche. In anderen größeren Städten, namentlich auch in Berlin, widme man dieser Wahl-Angelegenheit lebhaftes Interesse; man gebe sich bei Auswahl geeigneter Persönlichkeiten für die Einschätzungskommission die größte Mühe, und wählt im Plenum die Mitglieder mittelst Zettelwahl; hier dagegen schlägt die Wahlkommission nur so viele Personen vor, als Stellen in der Einschätzungskommission zu besetzen sind, und diese in Vorschlag gebrachten Personen werden denn auch regelmäßig gewählt, resp. wiedergewählt. Von dem Rechte, Gegenwortschläge zu machen, werde in der Verammlung kein Gebrauch gemacht, weil die betr. Listen nicht zur Verfügung stehen, überdies es sich auch nicht empfehle, in öffentlicher Sitzung Personalfragen zu erörtern. Wenn hier auch Berliner Verhältnisse nicht immer maßgebend sein können, so sei eine Zettelwahl doch jedenfalls empfehlenswerth. Auf Anregung der Verammlung scheidet seit Jahren aus der Kommission für Einschätzung der Klassensteuer jährlich ein Drittel der Mitglieder aus, wogegen von den 6 Mitgliedern der Einschätzungskommission für die klassifizierte Einkommensteuer, welche aus dem Stande der Gewerbetreibenden, Kapitalisten und Grundbesitzer gewählt werden, 5 gegenwärtig bereits 2 bis 5 Jahre, funktioniren, und von den 4 Stellvertretern 2 bereits 3 Jahre, 1 schon 4 Jahre der Kommission angehört. Die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse, Zölle etc. hätten auch auf allen Seiten des kommerziellen und wirtschaftlichen Lebens einschneidende Aenderungen hervorgerufen; es halte aber schwer, gegen Vorurtheile anzukämpfen, und wenn man sich erst mit den Vermögensverhältnissen der einzelnen Personen vertraut gemacht habe, so sei es schwer, von der einmal gewonnenen Ueberzeugung abzukommen. Der Sapsanweg sei größtentheils fruchtlos und Reformen bleiben fast durchweg fruchtlos; zu dem Mittel aber, Vertrauensmänner zu wählen, und den Stand seines Vermögens nachzuweisen, greifen Viele, besonders Kaufleute, im Interesse ihres Kredits nur in den seltensten Fällen, ziehen es vielmehr vor, die auferlegte höhere drückende Steuer zu zahlen. Werden in die Einschätzungskommission immer wieder dieselben Mitglieder gewählt, so sehen sich die Steuerzahler in die Nothwendigkeit versetzt, ohne Weiteres höhere Steuern zahlen zu müssen. Es liege in der Billigkeit, diesem Uebelstande abzuhelfen, was jedoch nur durch das Heranziehen neuer Elemente zu der Kommission erzielt werden könne. Das Verlangen der Steuerzahler sei um so gerechtfertigter, weil neben der Staats- und Kommunalsteuer die Kapitalrentensteuer wohl nur noch eine Frage der Zeit sei. Mit Rücksicht darauf, daß die zwei untersten Steuerflüssen fortgefallen sind, und zwei weitere voraussichtlich folgen dürften, und das Steuer-soll von den übrigen Steuerzahlern aufgebracht werden muß, eröffnen sich für die Taxirung der einzelnen Jensten unerträgliche Konsequenzen. — Der bisherige Wahlmodus habe schon wiederholt in der Versammlung zu Erörterungen Anlaß gegeben, und die stete Wiederwahl der Mitglieder der Kommission i. J. 1875 dazu geführt, zur Zettelwahl Zukunft zu nehmen. Auch vor Jahresfrist sei aus der Versammlung heraus die Direktive gegeben worden, einen größeren Theil der Kommissionsmitglieder auszuwechseln zu lassen und dieselben durch Neuwahl zu ergänzen; dieser Direktive jedoch sei wenig Rechnung getragen worden. Bei der Bedeutung der Angelegenheit sei demnach zu hoffen, daß folgender Antrag angenommen werde: die Verammlung wolle beschließen: 1) bei den alljährlich wiederlebenden Wahlen der Mitglieder der Einschätzungskommission scheidet die Hälfte der bisherigen Mitglieder aus, und ist binnen zwei Jahren nicht wieder zu wählen; 2) bei der Neuwahl schlägt die Wahlkommission die doppelte Anzahl der zu Wählenden vor; die Wahl erfolgt mittelst Zettelwahl.

An dieses Referat schließt sich eine längere Diskussion. Stadtv. Tschuschke tadelt, daß bei Reklamationen die Kommission niemals auf die durch die Bücher und Rechnungen geführten Beweise eingehe und diese Beweise nicht berücksichtige. — Stadtv. Klemme erkennt an, daß eine Stagnation in der Einschätzungskommission zu vermeiden sei und schließt sich im Prinzip dem von dem Stadtv. Rosenfeld gestellten Antrage an. — Stadtv. Dr. Rehsfeld weist darauf hin, daß derartige Kommissionen gar zu leicht von oben herab die Verhältnisse beurtheilen, und dadurch die Einschätzenden schädigen; er schließt sich gleichfalls dem Antrage an. — Stadtv. Herz, Mitglied der Einschätzungskommission, ist der Ansicht, daß, da nach dem Rosenfeld'schen Antrage jedes Mitglied der Kommission nur zwei Jahre lang angehören werde, dasselbe während dieser verhältnißmäßig kurzen Zeit nicht die genügende Kenntniß der Einschätzenden erlangen werde; was die Bescheide auf Reklamationen betrifft, so würden dieselben von dem Vorsitzenden der Kommission erlassen, die Kommissions-Mitglieder üben keinen Einfluß auf diese Bescheide. — Stadtv. Fontane erklärt sich im Prinzip mit dem Rosenfeld'schen Antrage einverstanden, ist jedoch der Ansicht, daß es bei der Tragweite der Angelegenheit und mit Rücksicht darauf, daß die in dem Antrage gemachten Vorschläge vielleicht verbesserungsfähig seien, es sich vielleicht empfehlen werde, die Angelegenheit der Rechts- und Wahlkommission zu überweisen. — Stadtv. Türk weist den Vorwurf zurück, als ob es an dem guten Willen der Wahlkommission liege, geeignete Mitglieder der Einschätzungskommission in Vorschlag zu bringen. — Stadtv. Victor weist darauf hin, daß in den letzten Jahren denn doch manche neue Mitglieder in die Einschätzungskommission gewählt worden seien. — Stadtv. Mügel weist gleichfalls den Vorwurf zurück, als wolle die Wahlkommission nicht neue Mitglieder der Einschätzungskommission in Vorschlag bringen; um die Vermögensverhältnisse eines Jensten ruhig abschätzen zu können, sei ein bedeutender Zeitraum erforderlich. — Stadtv. Jädel bejweifelt, ob durch die vom Stadtv. Rosenfeld gemachten Vorschläge das gewünschte Resultat erzielt werden würde; während der zu kurzen Zeit von zwei Jahren

würden sich die Mitglieder der Kommission nicht genügend orientiren. Er beantrage demnach, daß jedes Jahr 1/4 der Mitglieder ausscheide, die Ausgeschiedenen aber nach zwei Jahren wieder wählbar sein. — Stadtv. Rosenfeld beantragt, zwei Kommissionen ad hoc die Angelegenheit zu überweisen. — Bei der Abstimmung werden beide Verantragungen, sowohl der des Stadtv. Fontane (Ueberweisung an die vereinigte Wahl- und Rechtskommission), wie der eventuelle des Stadtv. Rosenfeld (Ueberweisung an eine Kommission ad hoc) abgelehnt; ebenso werden auch der Rosenfeld'sche Antrag 1), und der Jädel'sche Antrag abgelehnt, womit auch der Rosenfeld'sche Antrag 2) erledigt ist.

Die Vertretungskosten für den erkrankten Lehrer W. pro 4. Quartal 1883/84 werden, nachdem Stadtv. Dr. Symanski hierüber berichtet hat, in Höhe von 350 M. bewilligt.

In Betr. der Wahl des ersten Bürgermeisters der Stadt Posen wird zunächst die Gehaltsfrage erörtert, und das Gehalt auf 9000 M. festgesetzt. Die Frage, ob eine öffentliche Ausschreibung der Stelle erfolgen solle, wird, nachdem ein Verantragungen gefallen war, in geheimer Sitzung erörtert. Damit erreicht die öffentliche Sitzung, welche 4 1/2 Uhr Nachmittags begonnen hatte, 6 1/2 Uhr Abends ihr Ende.

Vocales und Provinzielles.

Posen, 10. Januar.

a. [Der Roadjutor für Kardinal Ledochowski.] Bekanntlich ist nach der vom „Kurjer Poin.“ gebrachten Nachricht von dem h. Stuhle in Vorschlag gebrachte Roadjutor des Kardinal Grafen Ledochowski für den erzbischöflichen Stuhl Gnesen-Posen von der preussischen Regierung als persona ingrata nicht acceptirt worden. Nach Mittheilung des „Kurjer Warszawski“ soll dieser in Vorschlag gebrachte Roadjutor der Biskar Prinz Edmund Radziwill sein.

d. [Zum Vereinswesen.] Der polnische Biennenzüchterverein beabsichtigte am 7. Oktober v. J. in Opalenica eine Versammlung abzuhalten; dieselbe wurde jedoch aufgelöst, da sie polizeilich nicht angemeldet war. In Folge dessen wendete sich der Vorsitzende des Provinzial-Biennenzüchtervereins, Gymnasiallehrer Kwiatkowski in Bissa, mit einer Beschwerde an den Herrn Oberpräsidenten und erhielt unter dem 5. Dezember folgenden Bescheid von der königlichen Regierung:

„In Folge der Eingabe vom 14. Oktober resp. 18. v. M. benachrichtigen wir Euer Wohlgeboren, daß wir die betheiligten Polizeibehörden unseres Bezirks anweisen werden, von der Anforderung einer vorgängigen Anmeldung der Versammlungen des von Ihnen vertretenen Vereins abzulehnen.“

Telegraphische Nachrichten.

Warschau, 9. Jan. [Priv.-Tel. d. „Pos. Stg.“] Die außerordentliche Generalversammlung der Lodzer Fabrikbahn, welche über das Projekt der Verschmelzung dieser Bahn mit der im Bau begriffenen Zwangorod-Lodzower Bahn Beschluß fassen soll, findet am 30. Januar statt. Die Versammlung verspricht aus verschiedenen Gründen recht interessant zu werden, da man einerseits viel von der beabsichtigten Erweiterung derselben durch die Warschau-Wiener Bahn sprach, andererseits das Verhalten der Regierung zu obigem Projekt noch nicht bekannt ist. Wie wichtig dieser Umstand ist, geht schon daraus hervor, daß die Lodzer Fabrikbahn der Regierung eine Summe von, wenn ich nicht irre, Rbl. 700,000 schuldig ist.

Lodz, 9. Jan. [Priv.-Tel. d. „Pos. Stg.“] In der Nacht vom vorigen Freitag zum Sonnabend um 4 Uhr nach Mitternacht entfiel in dem Etablissement von M. Stark auf der Südstraße eine rapid um sich greifende Feuerbrunst. Die Wollspinnereien von Rex, Stark und Wittner brannten vollständig aus. Dank dem thätigen Eingreifen der Feuerwehr gelang es, das Feuer auf seinen ursprünglichen Herd zu beschränken und die benachbarten Baulichkeiten zu retten. Der angerichtete Schaden ist bedeutend; derselbe wird auf ca. 90,000 Rb. geschätzt. Die Fabrikanlagen waren in 2 russ. Versicherungs-Gesellschaften in der Höhe von 120,000 Rubel versichert. — In derselben Nacht brannte es in den Rindler'schen Etablissements in dem nahen Pabianice. Auch dort wird der Schaden auf 60,000 Rub. geschätzt.

München, 9. Jan. (Abgeordnetenkammer.) Bei der fortgesetzten Berathung der Hagelversicherungsverlage wurden die Artikel 9 und 9a nach dem Antrage des Ausschusses angenommen, wonach die Versicherungsanstalt vom Staate ein unverzinsliches Grundkapital von einer Million und einen jährlichen Staatszuschuß von 40,000 M. erhält. Gegen einen Antrag des Abg. Geiger, den jährlichen Staatszuschuß auf 100,000 M. zu bemessen, war vom Finanzminister geltend gemacht worden, daß die Regierung einen Zuschuß überhaupt nur unter der Voraussetzung gewähre, daß künftig alle Steuernachlässe wegen Hagelschadens fortfallen würden. Diese Steuernachlässe hätten bisher jährlich 40,000 M. betragen, bei dem in Aussicht genommenen Staatszuschuß handle es sich also nur um Transferirung eines Budgetpostens. Gegen eine Erhöhung des Staatszuschusses spreche auch, daß sonst auch andere Stände Staatszuschüsse zur Sicherung gegen die Gefahr eines Verlustes verlangen könnten. Die Artikel 10 bis 16 wurden mit unerheblichen reaktionellen Aenderungen genehmigt.

Agram, 8. Jan. Der Eifer-Ausschuß des Landtags nahm unter Ablehnung aller übrigen Anträge mit 7 gegen 4 Stimmen den Beschlußantrag des Referenten Gyurgjevic an. Derselbe konstatirt, daß durch die auf Vorschlag und unter Gegenzeichnung des ungarischen Ministerpräsidenten erfolgte Einsetzung des Kommissärs Grafen Ramberg die Verfassung und der mit dem Königreich Ungarn getroffene Ausgleich verletzt worden seien und verlangt die Sanirung dieser Verletzung auf administrativem Wege oder mittelst Entsendung einer Regnikolar-Deputation.

Produkten-Börse

Berlin, 9. Jan. Wind: S.D. - Wetter: Schön.

Von Neuem liegen heute von allen Seiten recht flau Berichte vor und man glaube daraus auf entsprechenden Marktverlauf schließen zu dürfen.

Lofo-Weizen behauptete seinen Werth. Für Termine hatte die neuerdings wesentlich niedrigere Remonster Depesche starkes Angebot veranlaßt; hauptsächlich waren Kommissionäre, Sommerfristen abgehend, im Markte, woraus die Coullisse, die am meisten in Deckung begehrte, April-Mai-Termine gab.

Von Loko-Roggen kamen auch heute nennenswerthe Umsätze nicht vor. Der Terminhandel hatte denselben Verlauf wie der in Weizen. Der sehr flau Beginn blieb nicht lange maßgebend. Je mehr die feste Tendenz zum Ausdruck gelangte, desto weniger regte sich der Markt.

Lofo-Oafer preisbaltend, Termine unverändert. Roggenmehl anfänglich billiger, schloß wie gestern. Mais in effektiver Waare still, Termine matt, Frühjahr niedriger.

Rüböl bei schwachem Geschäft behauptet. Petroleum schwach preisbaltend. Spiritus erfreute sich lebhafter Deckungs- und neuer Spekulationsfrage, welche den Werth aller Sichten etwa 40 Pf. hob und den Markt fest schloß.

Fonds- und Aktien-Börse

Berlin, 9. Januar. Die heutige Börse zeigte im Allgemeinen etwas abgeschwächte Haltung, vielfache Realisationen führten auf speculativem Gebiet zu Kursberichtigungen und Schwankungen. Die von den fremden Börsenplätzen Anfangs vorliegenden Notierungen lauteten ziemlich günstig, doch sandte später besonders Wien mattere Kurse.

Der Kapitalmarkt bewahrte gute Festigkeit für heimische solide

(Amtlich.) Weizen per 1000 Kilogramm loco 165-205 Mark nach Dual, gelbe Vierzugsqualität 173,5 Mark, buuter märkischer - ab Bahn bez., weißer märkischer - ab Bahn bez., per diesen Monat - bez., per April-Mai 178-177,5 bez., per Mai-Juni 170,5-179,25-180,75 bez., per Juni-Juli 182-182,5 bez., per Juli-August - bez., per Sept.-Okt. - bez. - Durchschnittspreis - Mark - Gehalt - Zentner.

Roggen per 1000 Kilogramm loco 138-156 nach Dualität, Vierzugsqualität 147 Mark, russischer - Mark ab Bahn bezahl, inländischer guter - mittel - ab Bahn bez., ab Boden - bez., abgelauene Anmeldungen - bez., per diesen Monat und per Jan.-Febr. 146,5 bis 147,5 bez., per April-Mai 147-148 bez., per Mai-Juni 147,25 bis 148,25 bez., per Juni-Juli 147,75-148,75 bez. - Durchschnittspreis - Mark - Gehalt - Zentner.

Gerste per 1000 Kilogramm große und kleine 123-205 Mark nach Dualität bez., Drennergerste - bez., Futtergerste - bez.

Oafer per 1000 Kilogr. loco 126-160 n. Dual., Vierzugsqualität 126,5 Mark, pommerischer mittel - bez., guter - bez., schlesischer mittel - bez., feiner - bez., russischer geringer - ab Bahn bez., mittel - feiner - ab Bahn bez., abgel. Kündigungsscheine - Mark, per diesen Monat - Mark, per April-Mai 130,75-131 bez., per Mai-Juni 131,25 bez., per Juni-Juli 131,75 bez. - Durchschnittspreis - Mark - Gehalt - Zentner.

Mais loco 137-141 nach Dualität, per diesen Monat und per April-Mai - bez., Amerikanischer - Mark bez., Donau - Mark ab Boden bez. - Gehalt 1000 Zentner. Durchschnittspreis - Mark.

Erdbeeren-Rohwaare 180-230, Futterwaare 157-174 Mark per 1000 Kilogr. nach Dualität.

Kartoffelmehl per 100 Kilogramm brutto incl. Sack. Loko nach Dual. - Mark, per diesen Monat - Mark, per Jan.-Febr. und per Febr.-

März 21,5 Mark, per März-April 21,75 Mark, per April-Mai - Mark. - Durchschnittspreis - Mark.

Trockene Kartoffelstärke per 100 Kilogramm brutto incl. Sack. Loko - Mark, per diesen Monat - Mark, per Jan.-Febr. und Febr.-März 21,5 Mark, per März-April 21,75 Mark, per April-Mai - Mark. Durchschnittspreis - Mark.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm unverfeuert inclusive Sack per diesen Monat und per Jan.-Febr. 19,70-19,75 bez., per Febr.-März 20 bez., per April-Mai 20,20-20,30 bez., per Mai-Juni - bez. - Gehalt 1000 Ztr.

Weizenmehl Nr. 00 26,50-24,75, Nr. 0 24,75-23,00, Nr. 0 u. 1 22,00 bis 20,50.

Roggenmehl Nr. 0 22-20,25, Nr. 0 u. 1 20-18,25 Mark.

Rüböl per 100 Kilogramm loco mit Faß - Mark, ohne Faß - Mark, per diesen Monat und per Jan.-Februar 65,8 bez., per April-Mai 66,5 bez., per Mai-Juni 66,6 bez. Abgelauene Anmeldungen - bez. Gehalt - Zentner. Durchschnittspreis - Mark.

Petroleum, raffiniertes (Standard white) per 100 Kilogr. mit Faß in Föfen von 100 Kilogr. loco - Mark, per diesen Monat und per Jan.-Febr. 27,1 bez., per Febr.-März 26,8 Mark, per März-April 26,5 bez. - Durchschnittspreis - Mark. Gehalt - Zentner.

Spiritus. Per 100 Liter a 100 pSt. = 10,000 Liter pSt. loco ohne Faß 48 Mark bezahl, loco mit Faß - bezahl, Anmeldungen - mit leihweisen Gebinden - bez., ab Speicher - bez., frei ins Haus - Mark, per diesen Monat und Jan.-Febr. 48,6-49 bez., Febr.-März 48,8-49,2 bez., per März-April - bez., per April-Mai 49,4-49,9-49,8 bezahl, per Mai-Juni 49,6-50,1-50 bez., per Juni-Juli 50,4-50,9-50,8 bezahl, per Juli-Aug. 51,4-51,8 bez., per Aug.-Sept. - bez. - Gehalt 20 000 Liter.

Anlagen und fremde, festen Zins tragende Papiere konnten ihren Preisstand zumeist gut behaupten.

Die Kassamethe der übrigen Geschäftszweige fanden bei fester Gesamthaltung regere Beachtung. Der Privatdiskont wurde mit 3 pSt. G. notirt.

Auf internationalem Gebiet gingen Oesterreichische Kreditaktien bei weicherer Tendenz mit einigen Schwankungen ziemlich lebhaft um; Franzosen waren ziemlich fest, Lombarden etwas besser und rubig.

Von den fremden Fonds waren russische Anleihen wenig verändert und rubig; Ungarische Goldrente und Italiener fester.

Deutsche und preussische Staatsfonds hatten in fester Haltung normales Geschäft für sich; inländische Eisenbahnprioritäten fester und theilweise belebt.

Banquaktien waren fest und ziemlich belebt; Diskonto-Kommandit-antheile, Deutsche Bank etwas schwächer.

Industriepapiere fest und theilweise belebt, besonders Brauerei-Aktien; Montanwerke fester; Dormunder Union, St. Pr., Laurahütte etwas höher.

Inländische Eisenbahn-Aktien lagen schwach und niedrig; Oesterreichische Südbahn etwas besser.

Umrechnungssätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Franks = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark. 1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Livre Sterling = 20 Mark.

Table with columns for 'Wechsel-Kurse' and 'Selbstsorten und Banknoten'. Lists exchange rates for various locations like London, Paris, and bank notes for different currencies.

Table with columns for 'Ausländische Fonds'. Lists foreign bonds from countries like Russia, Finland, and Italy with their respective values.

Table with columns for 'Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien'. Lists railway stocks and bonds from various companies like Altona-Kiel, Berlin-Dresden, etc.

Table with columns for 'Berlin-Dresd. v. St. u. Berl.-Görlitzer Kon.'. Lists local Berlin and Dresden stocks and bonds.

Table with columns for 'Kard. v. B. (Elbth.)', 'Kard. v. B. (Pranl.)', 'Reich.-B. (S.-M.B.)', etc. Lists various bank and financial institution stocks.

Table with columns for 'Nordb. Bank', 'Westf. v. B. v. St.', 'Odenb. Spar.-B.', etc. Lists regional bank stocks.

Table with columns for 'Fonds- und Staats-Papiere'. Lists government bonds and other securities from various countries.

Table with columns for 'Hypotheken-Certifikate'. Lists mortgage certificates from various banks and institutions.

Table with columns for 'Werra-Bahn', 'Albrecht-Bahn', 'Anst.-Rotterdam', etc. Lists railway stocks and bonds.

Table with columns for 'Köln-Ind. u. G.I.V.', 'D. v. V. Em.', 'D. v. VII. Em.', etc. Lists various industrial and financial stocks.

Table with columns for 'Bresl.-Grajewo', 'Charl.-König', 'Charl.-Kremlen', etc. Lists stocks from Breslau and other cities.

Table with columns for 'Bochum-Brot. A.', 'Donnersm.-G.', 'Dorm. Union', etc. Lists stocks from Bochum and other industrial areas.

Table with columns for 'Bayer. Anl. 1875', 'Brem. do. 1880', 'Hamb. St.-Rente', etc. Lists German government bonds.

Table with columns for 'D. G. S. B. R. 110', 'D. G. S. B. R. 110', 'D. G. S. B. R. 110', etc. Lists various German securities.

Table with columns for 'Angerm.-Schw.', 'Berl.-Dresd. St. B.', 'Bresl.-Warsch.', etc. Lists various German stocks.

Table with columns for 'Nachen-Rastrichter', 'Albrecht-Bahn gar.', 'Donau-Dampf. Gold', etc. Lists various German stocks.

Table with columns for 'Badiische Bank', 'B. f. Spirit u. Erd.', 'Berl. Kassener.', etc. Lists various German stocks.

Table with columns for 'Berl. Holz-Comp.', 'D. Immo.-Ges.', 'D. Reichmarkt', etc. Lists various German stocks.

Table with columns for 'Pr. Br.-Anl. 1855', 'Oest. Br.-Sch. 40 L.', 'Sächs. Br.-Anl. 1867', etc. Lists various German bonds.

Table with columns for 'D. G. S. B. R. 110', 'D. G. S. B. R. 110', 'D. G. S. B. R. 110', etc. Lists various German securities.

Table with columns for 'Vom Staate erworbene Eisenb.', 'Berl.-Stett. St. B.', etc. Lists various German stocks.

Table with columns for 'Eisenbahn-Prioritäts-Aktien und Obligationen', 'Berg. Märk. II. E.', 'D. III. v. St. B.', etc. Lists various German stocks.

Table with columns for 'Danziger Privat.', 'Darmst. Bank', 'Deutsche Bank', etc. Lists various German stocks.

Table with columns for 'Erdmannsd. Sp.', 'Glaugig. Suderf.', 'Inowr. Steinfab.', etc. Lists various German stocks.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (Emil Köstel in) Posen.